

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abrechnung: Die monatliche Kassenabrechnung über den
zum 30. VI. für den Monat Juni 1931, für die Kassenabrechnung
in den drei letzten Teil einer Liste mit 10 Kassen-Nummern
nach unten von 1 bis 10 in der Reihenfolge Dresden 1. Sächsischer
Kreisverband

Abrechnung: Die monatliche Kassenabrechnung über den
zum 30. VI. für den Monat Juni 1931, für die Kassenabrechnung
in den drei letzten Teil einer Liste mit 10 Kassen-Nummern
nach unten von 1 bis 10 in der Reihenfolge Dresden 1. Sächsischer
Kreisverband

Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N., Seifensieder- und
Klempnerstraße 2, Fernruf 17 222. Vertriebsstelle: Dresden 18 020.
Sprechstunden: Montage 10-18 Uhr, alle Sonntage, Feiertage 12-18 Uhr.
Bestell- und Anzeigenteil: Anzeigen, Abrechnung 12-18 Uhr, sonstige
Bestellungen

7. Jahrgang

Dresden, Freitag den 5. Juni 1931

Nummer 105

Über 1 3/4 Milliarde!

Morgen Verkündung der Diktaturverordnung / Nie dagewesene Volkschröpfung / KPD und KSO rufen zum Kampf!

Heraus zur Gegenoffensive in einheitlicher Front! Hungerrevolten im Ruhrgebiet

Berlin, 5. Juni. (Eig. Drahtm.)

Morgen früh soll, wie halbamtlich mitgeteilt wird, die neue Notverordnung verkündet werden. Punkt für Punkt, Position um Position, Kapital für Kapital ist das Diktat der Brüning-Regierung eine in diesem Ausmaß noch nicht dagewesene Schröpfung des arbeitenden und arbeitslosen Volkes von A bis Z ein fürchterliches Verbrechen auf die Lebenshaltung des schaffenden Volkes.

Hier ist die Rechnung, die das werktätige Volk bezahlen soll:

Einsparungen für das Reich:	
Kürzung der Beamtengehälter	160 Mill. Mark
Kürzung der Arbeitergehälter	440 Mill. Mark
Umsatzsteuer, bei monatlicher statt vierteljährlicher Erhebung	80 Mill. Mark
Erhöhung der Grunderwerbsteuer	110 Mill. Mark
Erhöhung der Mineralölsteuern	75 Mill. Mark
Reform der Tabaksteuer	13 Mill. Mark
Kürzung d. Kriegsbeschädigtenrenten	90 Mill. Mark
Abkürzung der Sachausgaben der Reichsverwaltungen	110 Mill. Mark
Zweitens für Länder und Gemeinden:	
Kürzung der Beamtengehälter und Zulagen	206 Mill. Mark
Umsatzsteuer	35 Mill. Mark
Einkommen d. Lohnsteuerbefreiung	60 Mill. Mark
Erhöhung d. Vermögenssteuer	110 Mill. Mark
Drittens über die Arbeitslosenversicherung:	
Ersparnisse (Auszahlung der Arbeitslosen und Jugendlichen unter 21 Jahren, Verabreichung der Saisonarbeiterunterstützung auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung und Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 5 Prozent) etwa	300 Mill. Mark
Zusammen 1800 Millionen Mark, also über 1 1/4 Milliarde!	

Die Kamme des Elends ist im Rollen! Jetzt gilt es: ausgebeuteter Proletariat, ausgebeuteter Bauer, ausgebeuteter Arbeiter und Beamter, Mittelständler, mit vereinter Kraft sich dem Angriff entgegenzusetzen. Das Kapital hat alle seine Kräfte mobilisiert um sein Diktat rücksichtslos zur Durchführung zu bringen. Der Parteitag der KPD-Konze hat der Brüningdiktatur das Entschlossene gegeben. Sein „Bahn frei“ für die Reichstagsaktion ist nicht anders als Bahn frei für die Diktaturverordnung. Unerschrocken marschieren die anderen Diktaturtruppen der kapitalistischen Kapitalistenklasse, die KPD, in Chemnitz auf, um ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Knebelungs- und Unterdrückungsmaßnahmen zu demonstrieren.

Jetzt muß die Gegenoffensive des werktätigen Volkes einleiten, wenn es nicht verfallen will im Elend, wenn es nicht der völligen Verarmung anheimfallen will. In dieser Situation zeigen sich die revolutionären Organisationen, die KPD und die KSO als die einzige Kraft, die die Massen mobilisieren, die die

Vorstoß im Dresdner Rathaus

Die Dresdner Stadtverordnetenversammlung der KPD stellte folgenden Antrag:

- Kollegium wolle beschließen, bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden und zu fordern:
 - Sofortige Zurücknahme der neuen Notverordnung.
 - Alle Kürzungen der Unterhaltungen und Renten haben zu unterbleiben.
 - Die Altersgrenze in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung ist auf 60 Jahre herabzusetzen. Die Invalidenrenten, welche jetzt durchschnittlich 36,40 RM pro Monat betragen, sind auf 100 RM pro Monat zu erhöhen.
 - Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist sofort das von der KPD im Reichstag eingeleitete Wohnungsbauprogramm, welches die Erhellung von 300 000 Arbeiterwohnungen pro Jahr vorsieht, in Angriff zu nehmen.
 - Zum Bau der Talpferren im sächsischen Erzgebirge sind ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.
 - Anträge auf Entlassungen und Einschränkung der Betriebe, die Übernahme von Entlassungen von Arbeitern und Angehörigen zum Zwecke der weiteren Rationalisierung sind zu unterlegen.
 - Zur Durchführung obgenannter Forderungen ist die von der KPD (Nr. 962 der Reichsdrucksache) geforderte Millionäresteuer einzuführen und die Gehälter und Pensionen über 3000 RM pro Jahr zu kürzen.
- Kommunistische Gemeindefunktionäre fordern die sofortige Einberufung der Gemeindevorordnetenversammlung. Mobilisiert die werktätigen Massen für obige Forderungen.

Aktionskraft der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Hungerdiktat einleiten.

Die Kommunistische Partei hat in zwei Kampfsphären die Grundlage für die Gegenoffensive des werktätigen Volkes in Stadt und Land geschaffen. Der Arbeiterschaffungsplan, das Bauernhilfsprogramm, das sind die strategischen Pläne der revolutionären Gegenoffensive. Der rote Generalappell, die Streikfertigmachung der Metallbetriebe, die Mobilisierung der Gewerkschaften, die Massenbekämpfung des 3. Verbandes der KSO in Dresden, die Vorbereitung zum großen internationalen Solidaritätstags am 14. Juni, das sind Schlagen auf dem Wege dieses Kampfes, der unter kommunistischer Führung durchgeführt wird bis zum Sturz des kapitalistischen Systems der schändlichen Kapitaldiktatur.

Nur Streik verhindert Lohnraub!

Der Appell des Kampfausschusses der KSO: Macht die Betriebe streikfertig!

Gestern Abend tagte der zentrale vorbereitende Kampfausschuss der Metallarbeiter Dresdens und stellte nach eingehendem Referat und Diskussion fest:

Der gegen die Metallarbeiter beschlossene Lohnraubspruch und seine Auswirkung auf die Senkung der Lebenshaltung der Metallarbeiter ist, da er zusammenfällt mit der Verkündung neuer Beschlüsse durch die Notverordnung, bedeutend größer als diese 2 1/2 Prozent Abbau. Durch die Notverordnung werden den Metallarbeitern weiter 1 Prozent Rechensteuer, dazu 1/2 Prozent Gewerkschaftsbeiträge abgezogen bei gleichzeitiger Erhöhung der Lohnsteuer. Angesichts der harten Kurzarbeit und der außerordentlich gestiegenen Krankheitskosten durch die Rationalisierung bedeutet der Lohnraubspruch und die Auswirkung der neuen Notverordnung zusammen mindestens eine weitere Senkung der Lebenshaltung für die Metallarbeiter von 10 Prozent. Dazu kommt, daß für einen Teil der Betriebe durch die Notverordnung die 40stündige Arbeitswoche ohne Lohnausgleich eingeführt wird. Der zentrale vorbereitende Kampfausschuss beschloß für alle Metallbetriebe die Parole auszugeben:

Haltet die Betriebsstellen in Streikbereitschaft! Wechselt in Betriebsversammlungen aller Betriebe die Streikbereitschaft. Halte euch streikfertig für den Zeitpunkt der Erteilung der Streikparole! Verstärkt die vorbereitenden Kampfausschüsse und wählt Delegierte zum roten Einheitskongress am 14. Juni in Dresden! Der zentrale vorbereitende Kampfausschuss wird den Zeitpunkt des Streiks festlegen.

Die DWA-Bürokratie erklärt, daß sie den Schiedsspruch „ablehne“. Das ist ein Betrugsmanöver gegen die Metallarbeiter.

Essen, 5. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

In ähnlichen Hungerrevolten wie in Hamburg-Duisburg kam es gestern in Mülheim, Weddewert, Wanne-Eickel und Essen. Nach Eintritt der Dunkelheit verstärkten sich die Kundgebungen, über deren Verlauf die rheinischen Blätter berichten:

In einzelnen Straßenzügen wurden die Laternen angezündet. In der Jolestraße wurde das Pfister aufgerissen. In der Unionsstraße fand das herbeigeeilte Ueberfallkommando ein Drahtseil über die Straße gespannt. In der Altenborfer und Schmiedefelder Straße kürzten die Arbeitslosen die Wagen der Straßenbahn um. Starke Polizeieinheiten und Ueberfallwagen mit Scheinwerfern die Häuserfronten ablichteten, durchstreiften die Straßen in den von den Unruhen heimgesuchten Vierteln und trieben die Ansammlungen mit Gummiknüppeln auseinander. Immer wieder aber sammelten sich einzelne Gruppen in den Straßen. Das dauerte bis in die Mitternacht.

Den Schiedsspruch ablehnen verpflichtet zu sofortiger Streikfertigmachung in den Betrieben um einen ernsthaften Kampf gegen den Lohnraub zu organisieren. Die DWA-Bürokratie tut nichts dergleichen. Das beweist, daß sie in der Generalversammlung am Sonntag lediglich „empfehlen“ wird, den Schiedsspruch abzulehnen. Im übrigen wartet sie auf die Verbindlichkeitsklärung dieses Lohnraubschiedsspruches. Die DWA-Konze wollen nur die Verantwortung für das schändliche Ergebnis ihres wochenlangen Kuhhandels von sich abwälzen.

Metallarbeiter! Genug des Betrugs. Die KSO-Forderung ist: sämtliche Metallbetriebe streikfertig halten. Nur Streik verhindert Lohnraub.

Morgen, 19.30 Uhr, im Fuchsbau, Schäfergasse, Sitzung des erweiterten Metallkampfausschusses.

Sämtliche Mitglieder des erweiterten, zentralen, vorbereitenden Kampfausschusses, dazu alle roten Betriebsräte der Metallindustrie, die revolutionären Vertrauensleute und KSO-Funktionäre aus den Metallbetrieben, Vertreter der Stadtteilkommissionen der Partei, der Gewerkschaften, der Massenorganisationen und der Hausfrauen sind ebenfalls zu der Sitzung dringend geladen.

Zentraler vorbereitender Kampfausschuss der Metallarbeiter

Jungsozialisten aufgelöst!

SPD-Jugendpolitik bantrott — Westphals Quittung für die feigen „Einfen“

Leipzig, 5. Juni.

Der vom SPD-Parteivorstand eingebrachte Antrag: „Der Beschluß des Kasseler Parteitages, betr. „Einrichtung von Jungsozialisten-Gruppen ist aufgehoben“ wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Der Parteivorstand ließ in der Diskussion einige bestellte vorbestimmte Jugendliche vorbereitete Ausführungen im Sinne von Westphal machen und verhinderte, daß Jungsozialisten zu dem Antrag sprachen.

Die Behandlung der Jugendfrage auf dem Leipziger Parteitag der SPD zeigte wie noch nie zuvor den vollkommenen Bankrott der sozialdemokratischen Jugendpolitik. Die einzige Verührung, die die Partei noch mit der Jugend hat, das ist die Angst vor der Jugend. Diese Angst fand ihren Ausdruck schon in der vollkommenen Abriegelung der Tribüne während der Behandlung der Jugendfrage. Nur 2 bis 3 Duzend Zuhörer wurden auf die Tribüne gelassen und, wie Westphal versichert, „unter Trennen“. Über selbst diese „Trennen“ revolutionärer offen von der Tribüne herab gegen Westphal und die sozialdemokratische Parteimehrheit. Nach die ganze Form, in der die Jugendfrage behandelt wurde, zeigt deutlich, daß die sozialdemokratische Parteiführung das Jugendproblem nicht lösen

kann und auch schon selbst die Hoffnung aufgegeben hat, dieses Problem zu lösen. Die Delegierten waren vollkommen teilnahmslos bei diesen Beratungen, die Mehrzahl sah im Westphal oder im Herten. Und nicht nur während des Referats von Ollenauer, sondern auch während der Diskussionen zeigte sich diese Indifferenz. Am besten hatte der Leipziger Delegierte Westphal die Situation erklärt, als er erklärte: „Auf dem Parteitag sind zu wenig Jugendliche selbst, die eigentlich zu dieser Frage sprechen müßten.“ Ein anwesender Jugenddelegierter antwortete sofort durch einen Zwischenruf: „Wir kommen ja doch nicht zu Wort.“

Den Bankrott der Jugendpolitik der SPD dokumentierte am besten niemand anderes als der Referent Ollenauer. Er sprach fast zwei Stunden. Aber über das, was die werktätige